



PRESSEMITTEILUNG

- **Für Journalisten und Bürger:** Unterzeichnen Sie den "Genfer Appell für die Freilassung von Assange", der im Juni 2021 lanciert wurde indem [Sie hier klicken](#).
- **Nur für Journalisten:** Unterzeichnen Sie die Initiative "Speak Up For Assange" Unterschriftenformular [finden Sie hier](#).

[video der pressekonferenz als replay ansehen](#)

Medien und Journalisten fordern die Freilassung von Assange

(Genf - 22.06.2022) - Auf Einladung des Schweizer Presseclubs trafen sich am Mittwoch in Genf Organisationen von Journalisten, Verlegern und Chefredakteuren aus der Schweiz und verschiedenen anderen Ländern zu einer Pressekonferenz, um einen "Aufruf zur Freilassung von Julian Assange im Namen der Pressefreiheit" zu veröffentlichen. Ihr Aufruf folgt unmittelbar auf die Genehmigung der britischen Innenministerin Priti Patel vom Freitag, den 17. Juni, den WikiLeaks-Gründer auszuliefern. Die Träger des Appells haben sich direkt an die britischen und US-amerikanischen Behörden gewandt, damit der WikiLeaks-Gründer sofort freigelassen wird und die Anklage gegen ihn fallengelassen wird. Die breite internationale Koalition von Journalisten, Redakteuren und Verlegern aus vielen Ländern unterstützt den gesundheitlich angeschlagenen Julian Assange in seinem Kampf um seine Freiheit und den Erhalt der Pressefreiheit.

Julian Assange hat bereits angekündigt, gegen die jüngste Entscheidung Berufung einzulegen. Das Schicksal von Julian Assange liegt heute wieder in den Händen der britischen Justiz, wie auf der Pressekonferenz betont wurde, eine letzte Gelegenheit, seine Unabhängigkeit, seine Menschlichkeit und seine Verbundenheit mit den Werten der Rechtsstaatlichkeit und der Pressefreiheit unter Beweis zu stellen. Die Schweizer Behörden, die erklärt haben, dass sie sich für den Schutz von Assange eingesetzt haben, werden aufgefordert, seine Freilassung zu erleichtern, indem sie ihm in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen einen Zufluchtsort bieten, der ihn vor weiterer Verfolgung in der Schweiz oder anderswo schützt. Die Entscheidung des Justizministers ist eine weitere Verschärfung des Drucks auf die elementaren Menschenrechte und die eingeschränkten Pressefreiheiten.

Nach dem längst außer Kraft gesetzten US-Spionagegesetz von 1917 (17 der 18 Anklagepunkte beziehen sich auf dieses Gesetz) drohen dem Australier bis zu 175 Jahre Haft. Eine Auslieferung und anschließende Verurteilung von Julian Assange hätte zur Folge, dass es Journalisten verboten wäre, "undichte Stellen" und als "geheim" eingestufte Dokumente zu verwenden, selbst wenn diese Informationen von großem öffentlichen Interesse enthalten. Die in Genf oder per Videokonferenz anwesenden Medien und Journalisten sehen darin ein großes Hindernis für die Ausübung ihres Berufs und gleichzeitig eine Gefahr für das reibungslose Funktionieren von Demokratien (und erst recht von anderen Regimen), das allein durch die Freiheit, zu recherchieren und zu veröffentlichen, gewährleistet wird.

Fünfzehn Vertreter von Journalisten- und Verlegerverbänden aus sechs Ländern sowie 13 Schweizer Chefredakteure haben ihre Stimme für diesen Aufruf vereint. Vertreter von ausländischen Journalistenverbänden

Journalisten (Australien, Frankreich, Deutschland, Spanien...) beschrieben die Mobilisierung und die Forderungen der Journalisten in ihren Ländern und die Behinderungen der Pressefreiheit.

Abgesehen von den schwerwiegenden Auswirkungen des Falls Assange auf die Freiheit der Recherche, den Zugang zu Quellen und die Transparenz der demokratischen Funktionsweise, prangerten die Redner Maßnahmen an, die auch die Pressefreiheit in der Schweiz schwächen, die auf der jüngsten Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen vom 10. auf den 14. So wurde die Schweiz von der UN-Berichterstatterin für Pressefreiheit, Irene Khan, in Frage gestellt, die der Meinung ist, dass das Bankengesetz, das die Weitergabe oder Veröffentlichung von normalerweise nicht zugänglichen Bankdaten unter Strafe stellt, zu einer "Kriminalisierung von Journalisten" führe. Ein Gesetz, das das Schweizer Parlament unbedingt so schnell wie möglich überarbeiten muss. Diese Gesetzgebung hat die Schweizer Medien daran gehindert, sich an der Recherche ausländischer Journalisten zu den als "geheime Schweizer" bezeichneten Lecks zu beteiligen.

Als weiteres Beispiel wurde eine kürzlich getroffene Entscheidung des Parlaments in Bern genannt, die Bestimmungen zu lockern, um einen Artikel vor der Veröffentlichung zu verbieten, ohne dass das Unrecht inhaltlich beurteilt wird (vorsorgliche Maßnahmen). Die Drohungen gegen Julian Assange sowie Maßnahmen der oben genannten Art erhöhen den Druck auf Journalisten, die allein für die Enthüllung von verifizierten und unbequemen Informationen mit Gefängnis rechnen müssen. Bedingungen, die auch zu Selbstzensur führen und dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen.

Auf menschlicher Ebene hat sich der Gesundheitszustand von Julian Assange, der seit über drei Jahren im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh inhaftiert ist, drastisch verschlechtert. Laut Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter für Folter, fallen die Bedingungen der willkürlichen Inhaftierung von Julian Assange unter "psychologische Folter oder grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung". Vor seiner Festnahme 2019 in London hatte Julian Assange sieben Jahre lang zurückgezogen in der ecuadorianischen Botschaft in London gelebt, aus der er nach einem Regierungswechsel in Quito ausgewiesen wurde.

Der Australier gründete 2006 WikiLeaks und veröffentlichte ab 2010, teilweise in Zusammenarbeit mit großen Zeitungen, Hunderttausende von Geheimdokumenten, die Korruptions- und Spionageskandale sowie Menschenrechtsverletzungen aufdeckten. Insbesondere enthüllte er ein Video, das die ganze Welt schockierte und einen Angriff von einem US-Hubschrauber auf Zivilisten am Boden in den Straßen von Bagdad zeigte, bei dem mehrere Menschen getötet wurden, darunter zwei Reuters-Journalisten. Für die offensichtlichen Kriegsverbrechen oder andere schwere und eklatante Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte, die von WikiLeaks aufgedeckt wurden, wurde nie ein Verfahren eingeleitet. Nur Assange sitzt seit drei Jahren im Gefängnis und wartet darauf, für seine peinlichen Enthüllungen vor Gericht gestellt zu werden. Julian Assange wird am 3. Juli dieses Jahres 51 Jahre alt.

Alle Journalisten und Bürger aller Länder sind aufgerufen, sich diesem Aufruf anzuschließen.

- **Für Journalisten und Bürger:** Unterzeichnen Sie den "**Genfer Appell für die Freilassung von Assange**", der im Juni 2021 lanciert wurde und bereits mehr als 11.000 Unterschriften gesammelt hat, indem [Sie hier klicken](#).
- **Nur für Journalisten:** Unterzeichnen Sie die Initiative "**Speak Up For Assange**", die bereits von 1900 Journalisten aus 107 Ländern unterstützt wird. Den Text der Initiative und das Unterschriftenformular [finden Sie hier](#).

(Deep Übersetzung)

Liste der angekündigten Teilnehmer an der PK des Schweizer Presseclubs vom 22. Juni

- Edgar Bloch, Co-Präsident, impressum, Schweizer Journalisten
- Daniel Hammer, Generalsekretär, Schweizer Medien
- Denis Masméjan, Generalsekretär, Reporters Sans Frontières, Schweiz
- Dominique Pradalié, Präsidentin, International Federation of Journalists (IFJ) und Syndicat National des Journalistes (Frankreich).
- Marc Meschenmoser, Co-Präsident Investigativ.ch
- Jean-Philippe Ceppi, Produzent, Temps Présent (RTS) und Mitglied investigativ.ch
- Nicole Lamon, stellvertretende Chefredakteurin, Matin Dimanche
- Frédéric Julliard, Chefredaktor, Tribune de Genève
- Philippe Bach, Chefredakteur, Le Courrier
- Serge Michel, Chefredakteur, heidi.news
- Tim Dawson, National Union of Journalists, Großbritannien (Zoom)
- Karen Percy, Vorsitzende der Media Entertainment and Arts Alliance (MEAA), Australien (Zoom)
- Mika Beuster, Co-Leiterin, Deutscher Journalisten Verband, Deutschland (Zoom)
- Jean Musy, Präsident, Association de la presse étrangère en Suisse (APES) (Verband der ausländischen Presse in der Schweiz).
- Agustin Yanel, Generalsekretär, Verband der spanischen Journalistengewerkschaften, Spanien
- Pierre Ruetschi, Exekutivdirektor, Schweizer Presseclub und Präsident des Dumur-Preises.

Liste der Chefredakteure von Schweizer Medien, die den Aufruf vom 22. Juni unterstützen

- Philippe Bach, Le Courrier
- Laurent Caspary, Chefredakteur RTS Radio
- Rémy Chételat, Chefredakteur, Le Quotidien Jurassien
- Ariane Dayer, Redaktionsleiterin Tamedia/Chefredaktorin Le Matin Dimanche
- Vincent Fragnière, Chefredaktor, Le Nouvelliste
- Madeleine von Holzen, Le Temps
- Frédéric Julliard, Chefredaktor, Tribune de Genève
- Laurent Kleisl, Chefredakteur, Journal du Jura.
- Nicole Lamon, Stellvertretende Chefredakteurin, Le Matin Dimanche.
- Eric Lecluyse, Chefredakteur, ArcInfo.
- Elisabeth Logean, Co-Chefredakteurin, RTS actualité.
- François Mauron, Chefredakteur, La Liberté
- Serge Michel, Chefredakteur, heidi.news
- Pierre-Olivier Volet, Co-Chefredakteur, RTS Actualités.

Kontakte und Informationen:, info@pressclub.ch . Tel: +41 796 360 5742

(pr/22/0622)